

DGB Bundesvorstand

Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit

04/23

10.05.2023

Berufsbildungsbericht 2023: Erstmals über 2,5 Mio. junge Menschen ohne Berufsabschluss

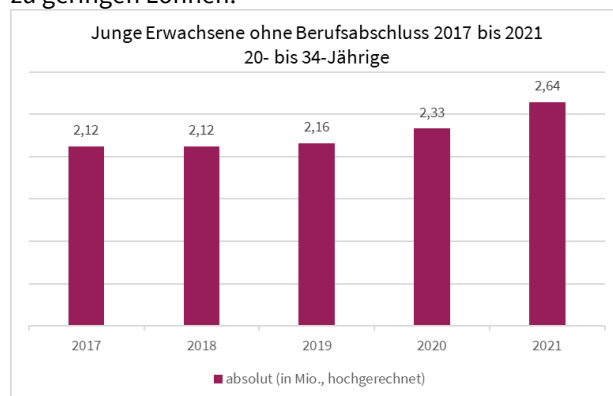
Mit dem heute veröffentlichten Berufsbildungsbericht 2023 wird einmal mehr klar, dass die Ausbildung weiter in der Krise steckt. Die Zahl der Ausbildungsverträge ist gegenüber 2022 zwar um 0,4 Prozent (2021: +1,2 %) gestiegen. Im Vergleich zu 2019 bleibt ein Rückgang von 9,5 Prozent. Die Dynamik der Erholung hat sich wieder abgeschwächt. Es zeigt sich einmal mehr wie weit der Weg nach Corona noch ist. Mit den letzten Zuwächsen würde es rechnerisch noch 13 Jahre dauern, bis das Vorkrisenniveau bei den Ausbildungsverträgen wieder erreicht wird.

Auch andere Indikatoren und Entwicklungen des aktuellen Berufsbildungsbericht sind besorgniserregend. „Immer mehr junge Menschen sind ohne Berufsausbildung, das ist ein bildungspolitischer Skandal. Um diesen Trend umzukehren, müssen Politik und Arbeitgeber endlich effektiv gegensteuern. Nach wie vor fallen zu viele junge Menschen durch das Raster und bekommen nicht die Unterstützung, die nötig wäre.“ kommentierte **Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende** den Bericht. Demografischer Wandel, Fachkräftebedarf, Digitalisierung und Transformation sind große Herausforderungen, die nur mit qualifiziertem Personal gelöst werden können. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der beruflichen Bildung dringender denn je.

Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss auf Rekordhoch

Die Zahl junger Menschen zwischen 20 und 34 Jahren, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben, ist auf ein Rekordhoch gestiegen. Sie lag im **Jahr 2021 bei 2,64 Mio.** Besonders besorgniserregend ist dabei der steile Anstieg in den vergangenen beiden Jahren. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Spätfolgen von Corona, z. B. verloren gegangene Schulabgänger*innen und geringeres Ausbildungsangebot, diesen Anteil in den kommenden Jahren noch weiter steigen lassen werden. Hierin zeigt sich das Problem der Ausbildungs-

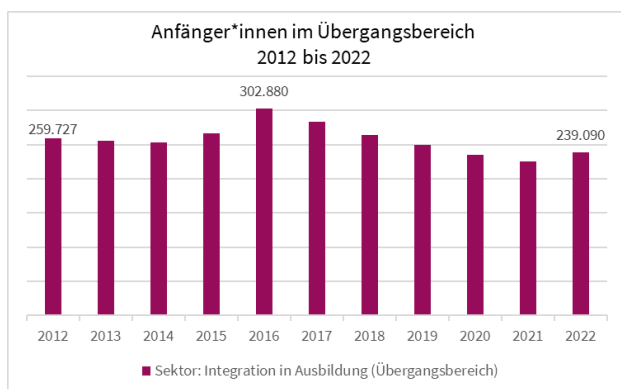
losigkeit der vergangenen Jahre. Ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung drohen aber häufige Phasen der Arbeitslosigkeit und prekäre Jobs mit Befristungen und zu geringen Löhnen.



Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter, Mikrozensus 2017 bis 2021; Berechnungen des BIBB; Berufsbildungsbericht 2023, S. 98; eigene Darstellung

Übergangsbereich wächst wieder an

Trotz unbesetzter Ausbildungsstellen sind auch im letzten Jahr wieder über 200.000 junge Menschen in den vielen Maßnahmen des Übergangsbereichs gelandet. Der Umfang des Übergangsbereichs steigt erstmals seit 2016 wieder an auf **insgesamt 239.090 Personen** (+6,3 % ggü. 2021). Anders als von Arbeitgeberseite behauptet, gibt es ein großes Potenzial an Ausbildungsinteressierten, die aber bei der Suche nach einer Ausbildung nicht zum Zug kommen. Im Übergangsbereich können keine Berufsabschlüsse erworben werden. Damit werden die Maßnahmen für Viele zur Warteschleife oder sie bleiben ganz ohne Berufsausbildung.



Quelle: iABE 2022; Berufsbildungsbericht 2023, S. 31; eigene Darstellung

Der Anstieg im Übergangsbereich ist laut Statistischem Bundesamt vor allem auf Geflüchtete aus der Ukraine zurückzuführen, deren Sprachkurse diesem Bereich zugeordnet werden. Umgekehrt zeigt sich aber, dass trotz rechnerisch positiverem Verhältnis von Ausbildungsstellen und Ausbildungsbewerber*innen ein stabiler Anteil von jungen Menschen nicht in reguläre Ausbildung einmündet.

Die Betriebe müssen deshalb ihre Erwartungen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen hinterfragen und auch jungen Menschen mit schwächeren Schulleistungen eine Chance geben.

Ausbildungsbeteiligung weiter rückläufig

Bereits seit Jahren ist die Zahl der Ausbildungsbetriebe rückläufig und liegt bei **nur noch 19,1 Prozent** im Jahr 2021 (2020: 19,4 %). Dieser Prozess vollzieht sich bereits seit vielen Jahren, ohne dass ein Stopp oder eine Umkehrung dieser Entwicklung erkennbar wäre. Die Ausbildung künftiger Fachkräfte für die Betriebe liegt damit in den Händen immer weniger Betriebe und somit auf einer zunehmend schmalen Basis.

Rückgang bei schulischen Ausbildungen

Im Bereich der vollzeitschulischen Ausbildungsangebote in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen haben erneut weniger junge Menschen eine Ausbildung aufgenommen. Ihre Zahl sank auf 186.567 im Jahr 2022 (-2,3 % ggü. 2021). Nach einer deutlichen Steigerung vor Beginn der Corona-Krise ist das bereits der zweite Rückgang in Folge und ein alarmierendes Zeichen für die künftige Versorgung mit Fachkräften in diesen Bereichen.

Vertragslösung und Prüfungserfolg

Die **Vertragslösungsquote** steigt wieder an und erreicht 2021 mit **26,7 Prozent** (2020: 25,1 %, 2019: 26,9 %) fast

das Niveau vor der Corona-Krise. Gleichzeitig sinkt die **Quote des Prüfungserfolgs** im Jahr 2021 leicht auf **88,6 Prozent** (2020: 89,6 %, 2019: 90,5 %). Besonders die Abbruchquote von Auszubildenden zeigt die anhaltenden Qualitätsmängel in vielen Ausbildungsberufen. Es muss alles getan werden, um eine langfristige negative Entwicklung zu verhindern. Sowohl die Lösung von Ausbildungsverträgen als auch das Verfehlen des Ausbildungsziels sind mit Blick auf die Verfügbarkeit von Fachkräften problematisch.

Ausbildungsgarantie muss jetzt kommen

Ohne entschlossene Maßnahmen drohen sich diese Entwicklungen weiter zu verschärfen und letztlich die Herausforderungen der Transformation und den Einsatz für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem zu konterkarieren. Alle Maßnahmen von Bund und Ländern müssen sich künftig stärker daran messen lassen, inwiefern sie zur Lösung dieser Probleme beitragen.

Deshalb brauchen junge Menschen durch eine Ausbildungsgarantie das Versprechen, eine Ausbildung aufnehmen zu können und eine Chance auf einen vollqualifizierenden Ausbildungsabschluss zu erhalten. Die bestehenden Maßnahmen im Übergangsbereich bieten diese Chance gerade nicht. Begleitet werden muss diese Ausbildungsgarantie von einem umlagefinanzierten Zukunftsfonds, wie er in Bremen gerade auf den Weg gebracht wurde. Die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Ausbildungsgarantie muss jetzt endlich kommen.

Links

- ▶ [Berufsbildungsbericht 2023](#)
- ▶ [Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitnehmer*innen im BIBB-Hauptausschuss zum Berufsbildungsbericht 2023](#)
- ▶ [DGB-Pressemitteilung zum Berufsbildungsbericht 2023](#)

Ansprechpartner

Jan Krüger
DGB Bundesvorstand
Abteilungsleiter Bildungspolitik und Bildungsarbeit
Telefon: 030 24060-297
E-Mail: jan.krueger@dgb.de